

# Albanien

Tobias Flessenkemper

Im Juni 2014 beschloss der Rat der Europäischen Union, dass Albanien die Bedingungen für den EU-Kandidatenstatus erfüllt hat. Im Länderbericht vom November 2015 stellt die Kommission fest, dass das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA), in Kraft seit 2009, ‚reibungslos‘ umgesetzt wird.<sup>1</sup> Die Umsetzung der im Juli 2016 verabschiedeten Justizreform ist die nächste Hürde für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen.

## Justizreform im Mittelpunkt

Der Fortgang des Beitrittsverfahrens ist für die Europäische Union abhängig von positiven Entwicklungen in den ‚Fünf Prioritäten‘ Justiz- und Verwaltungsreform, Korruptions- und Kriminalitätsbekämpfung und verbesserter Menschenrechtsschutz, besonders für Minderheiten. Funktional sind die Bereiche eng miteinander verzahnt und gleichzeitig sind Fortschritte und Verbesserung häufig nur langfristig erreichbar. Daher wurde am 12. November 2013 ein ‚Hochrangiger Dialog‘ institutionalisiert. Das sechste Treffen fand am 30. März 2016 in Tirana statt und wurde gemeinsam von Ministerpräsident Edi Rama und Kommissar Johannes Hahn geleitet. Ziel war es, die Justizreform ‚verabschiedungsreif‘ zu machen. Da die Justiz nicht ohne die Verfassung zu ändern ist, eignete sich die Reform dafür, der Forderung der Europäischen Union nach einem inklusiven innenpolitischen Dialog erneut Nachdruck zu verleihen. Stets droht der innenpolitische Antagonismus zwischen der Sozialistischen Partei (SP) von Rama und der oppositionellen Demokratischen Partei (DP), den EU-Integrationsprozess zu zerreiben. Die Justizreform soll auch vermeiden, dass unter dem Vorwand der Korruptionsbekämpfung die Regierung die Opposition kriminalisieren und ausschalten kann. Durch die Einbeziehung der ‚Venedig-Kommission‘ des Europarates wurde der parteipolitische Konflikt, der nur dürftig individuelle wirtschaftliche Interessen der Akteure kaschiert, weitestgehend europäisiert. Ab Frühjahr 2016 dominierten die vielfältigen Aspekte der Justizreform die politische Debatte. Europäische Union und USA bestanden auf der Zustimmung des früheren DP-Regierungschefs Sali Berisha. Einreiseverbote und das Einfrieren von ausländischen Vermögenswerten von DP-Politikern standen zur Debatte.<sup>2</sup> Der Schaden für Albanien bei Ablehnung der Justizreform schien größer als das Risiko für die einzelnen Akteure, von einer reformierten Justiz belangt zu werden. Nach einer turbulenten Sitzung am 21. Juli 2016 beschloss Regierung und Opposition die Reform einstimmig im Parlament. Entschieden wurden Neuerungen bei der Ernennung, Überwachung von Richtern und Staatsanwälten für alle Rechtsbereiche, Stärkung der Ermittlungszusammenarbeit mit der Polizei in Strafsachen und – besonders sensibel – die Möglichkeit der Amtsenthebung verdächtiger Richter, Staatsanwälte und anderen Personals durch eine unabhängige Überprüfungscommission; Europäische Union und USA sicherten sich ein Mitspracherecht bei der

---

1 European Commission: Albania 2015 Report, 10 November 2015, S. 1, abrufbar unter: [http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key\\_documents/2015/20151110\\_report\\_albania.pdf](http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2015/20151110_report_albania.pdf) (letzter Zugriff: 19.10.2016).

2 Adelheid Wölfel: Albanien einigt sich auf Justizreform, in: Der Standard, 21.7.2016.

Ernenennung der Mitglieder. Das starke US-Engagement, begründet in Albanien's NATO-Mitgliedschaft, wird sich in Zukunft auch auf die Ausbildung der Kriminalpolizei erstrecken. Ob nun jedoch das notwendige Vertrauen der Bevölkerung in die Unabhängigkeit der Justiz und eine Überwindung des politischen Antagonismus durch die verbesserten Verfahren geschaffen werden kann, muss sich zeigen. Der Justizminister warnte, dass die von außen an die Justiz herangetragenen Veränderungen das System nicht zwangsläufig gestärkt haben: „Man hat ein bisschen etwas aus Rumänien, aus Kroatien, aus Deutschland, aus Österreich, aus Italien genommen. Experten und ausländische Botschafter sagen, es handle sich um ein albanisches Modell, und wir sollten stolz sein. Ich weiß nicht, ob wir das sollten.“<sup>3</sup>

### **Regionale Entwicklungen**

Am 27. August 2015 fand in Wien das zweite Gipfeltreffen des ‚Berlin-Prozesses‘ statt, mit dem die Westbalkanländer ihre regionale Zusammenarbeit im Hinblick auf die gemeinsame zukünftige EU-Mitgliedschaft stärken sollen. Unterstützt von Österreich und Deutschland wurde die Zusammenarbeit zwischen Aleksandar Vučić, dem serbischen Ministerpräsidenten, und Rama weiter vertieft. Albanien und Serbien bauten ihre Stellung als vergleichsweise zuverlässige EU-Partner aus. Inspiriert vom französisch-deutschen Tandem, also der Idee des Ausgleichs und Wettbewerbs über große Unterschiede hinweg, soll die enge Zusammenarbeit eine stabilisierende Wirkung entfalten. Das Duo Albanien-Serbien repräsentiert die beiden größten regionalen (ethno-)linguistischen Gruppen und teilt in vielen Fragen keine gemeinsame Position, zum Beispiel zum Kosovo-Status, zur NATO-Mitgliedschaft und bei der Zustimmung zu EU-Sanktionen gegenüber Russland. Ein greifbares Ergebnis ist das Regional Youth Cooperation Office (RYCO) für den Westbalkan. Mit französisch-deutscher Hilfe wurde beim dritten Westbalkantreffen in Paris am 4. Juli 2016 als RYCO-Sitz Tirana festgelegt. Ein weiterer Erfolg in den Augen der Regierung war die erfolgreiche Abschreckung von Migranten und Flüchtlingen im Herbst/Winter 2015/16. Albanien blieb von den Entwicklungen unberührt und es gelang, keinen Zweifel an der Abwehr irregulärer Migration aufkommen zu lassen. Im Nachgang zur ‚Asylkrise‘ albanischer Bewerber in den reichsten EU-Mitgliedstaaten 2014/2015 hat dies Albanien's Rolle und Ansehen im europäischen Grenzsicherungsverbund gestärkt.

### **Ausblick**

Die Eröffnung der EU-Beitrittsverhandlungen bleibt das politische Ziel der Regierung Rama, denn Wettbewerber Serbien verhandelt seine seit Dezember 2015. Da die Einhegung des innenpolitischen Antagonismus hierfür ein entscheidender Gradmesser geworden ist, scheint ein Beginn der Verhandlungen vor den Parlamentswahlen im Sommer 2017 unwahrscheinlich. Die Europäische Union wird erst die Umsetzung der Justizreform und einen ‚harmonischen‘ Ablauf der Wahlen abwarten. Die Unwägbarkeiten des britischen EU-Austritts, die Entwicklungen in der Türkei und die Vorstöße Russlands könnten jedoch auch zu einer Beschleunigung führen, um die östliche Adria-Region stabil zu halten.

### **Weiterführende Literatur**

Blendi Kajsiu: A Discourse Analysis of Corruption. Instituting Neoliberalism Against Corruption in Albania, 1998-2005, Milton Park 2015.

---

3 Interview mit Ylli Manjani, Albanien's Justizminister, in: Der Standard, 31.5.2016.